

8522/J XXVII. GP

Eingelangt am 12.11.2021

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Abgeordneten Dr. Stephanie Krisper, Kolleginnen und Kollegen

die Bundesministerin für EU und Verfassung

betreffend Umsetzung des Entschließungsantrags 1928/A(E) betreffend die aktuelle Situation in Afghanistan

Am 14.10.2021 hat der Nationalrat den Entschließungsantrag 1928/A(E) der Regierungsfraktionen (https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/A/A_01928/index.shtml) mehrheitlich angenommen. Angesichts der mit der Machtübernahme der Taliban eingetretenen Verschärfung der ohnehin prekären humanitären Lage in Afghanistan sprechen sich die Regierungsfraktionen darin für eine verstärkte Hilfe vor Ort aus. Unter anderem um eine weitere Destabilisierung der Region zu verhindern, hat die Bundesregierung mit 20 Mio. € das "größte humanitäre Hilfspaket geschnürt, das es in Österreich jemals gab", heißt es in dem Entschließungsantrag. Darin fordern sie vom Außenminister gemeinsam mit den internationalen Partnern, wie UNHCR und UN Women, eine möglichst effiziente und bedarfsorientierte Verwendung der österreichischen Hilfsmittel sicherzustellen und sich weiterhin für die Evakuierung der verbliebenen Österreicher_innen bzw. afghanischer Staatsangehöriger mit gültigem Aufenthaltstitel in Österreich einzusetzen.

Der Entschließungstext beinhaltet folgende Ersuchen an die Bundesregierung:

- sich weiterhin für die Evakuierung der verbliebenen Österreicherinnen und Österreicher und afghanischen Staatsangehörigen mit gültigem Aufenthaltstitel in Österreich einzusetzen;
- gemeinsam mit den internationalen Partnern eine möglichst effiziente, bedarfsorientierte Verwendung der österreichischen Hilfsmittel sicherzustellen und sich für die Bereitstellung weiterer österreichischer Hilfsmittel einzusetzen;
- sich im Rahmen der Europäischen Union für eine konsequente Anwendung der auf EU-Ebene beschlossenen Konditionalitäten im operativen Umgang mit den Taliban einzusetzen;
- sich weiterhin im Rahmen der Europäischen Union, bilateral sowie in multilateralen Foren für Rechtsstaatlichkeit und die Achtung der Menschenrechte und ein selbstbestimmtes Leben in Afghanistan einzusetzen, insbesondere jener von Frauen, Mädchen, Minderheiten und anderen akut gefährdeten Personengruppen;
- sich für eine koordinierte, gemeinsame europäische Vorgehensweise und weiterhin enge Abstimmung mit internationalen Organisationen wie VN und OSZE einzusetzen;
- gemeinsam mit internationalen und europäischen Partnern einer möglichen

Destabilisierung der Region durch Terrorismus, Drogenhandel, Menschen-smuggel und andere Formen von organisierter Kriminalität entgegenzuwirken.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

Anfrage:

1. Welche konkreten Maßnahmen planen bzw. setzen Sie, um sich "weiterhin für die Evakuierung der verbliebenen Österreicherinnen und Österreicher und afghanischen Staatsangehörigen mit gültigem Aufenthaltstitel in Österreich einzusetzen"?
2. Welche konkreten Maßnahmen planen bzw. setzen Sie, um "gemeinsam mit den internationalen Partnern eine möglichst effiziente, bedarfsorientierte Verwendung der österreichischen Hilfsmittel sicherzustellen und sich für die Bereitstellung weiterer österreichischer Hilfsmittel einzusetzen"?
3. Welche konkreten Maßnahmen planen bzw. setzen Sie, um "sich im Rahmen der Europäischen Union für eine konsequente Anwendung der auf EU-Ebene beschlossenen Konditionalitäten im operativen Umgang mit den Taliban einzusetzen"?
4. Welche konkreten Maßnahmen planen bzw. setzen Sie, um "sich weiterhin im Rahmen der Europäischen Union, bilateral sowie in multilateralen Foren für Rechtsstaatlichkeit und die Achtung der Menschenrechte und ein selbstbestimmtes Leben in Afghanistan einzusetzen, insbesondere jener von Frauen, Mädchen, Minderheiten und anderen akut gefährdeten Personengruppen"?
5. Welche konkreten Maßnahmen planen bzw. setzen Sie, um "sich für eine koordinierte, gemeinsame europäische Vorgehensweise und weiterhin enge Abstimmung mit internationalen Organisationen wie VN und OSZE einzusetzen"?
6. Welche konkreten Maßnahmen planen bzw. setzen Sie, um "gemeinsam mit internationalen und europäischen Partnern einer möglichen Destabilisierung der Region durch Terrorismus, Drogenhandel, Menschen-smuggel und andere Formen von organisierter Kriminalität entgegenzuwirken"?
7. Welche der von Ihnen in den Fragen 1 bis 6 genannten Maßnahmen waren bereits jeweils vor Einbringung des Entschließungsantrags und nach Abstimmung über den Entschließungsantrag in Planung bzw. gesetzt?
8. Wie hat sich Ihr Verhalten jeweils nach Einbringung des Entschließungsantrags wann jeweils inwiefern und nach Abstimmung über den Entschließungsantrag wann jeweils inwiefern verändert? Welche neuen Maßnahmen wurden wann geplant bzw. gesetzt? Welche Maßnahmen wurden beendet bzw. ausgesetzt?